



## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Christoph Maier, Ferdinand Mang**  
**AfD**

vom 29.06.2019

- mit Drucklegung -

### **Einschränkung der Freiheitsrechte während der Augsburger Sommernächte aufgrund der prekären Sicherheitslage: Zufahrtssperren, Zugangskontrollen, Beschlagnahmungen von Eigentum durch Sicherheitspersonal aus Anlass von Festveranstaltungen in bayerischen Innenstädten**

Zum Schutz von Weihnachtsmärkten und Stadtfesten vor islamischen Attentätern werden immer häufiger weiträumig innerstädtische Bereiche abgesperrt. So wurde vom 27. bis 29. Juni 2019 fast die gesamte Innenstadt von Augsburg südlich von Grottenau und Karlsstraße bis nach St. Ulrich mit Straßensperren (sogenannte "Merkelpoller") versehen. Durchfahrten von Fahrzeugen waren nicht mehr möglich. Ab 17 Uhr erfolgten Einlasskontrollen für Fußgänger, die ihre Taschen hierfür öffnen und durchsuchen lassen mussten. Mitgeführte Glasflaschen wurden vom privaten Sicherheitspersonal konfisziert und vernichtet. Geschäfte wurden angewiesen, keine Glasflaschen mehr zu verkaufen, da das Mitführen von Glasflaschen in dem gesamten Innenstadtbereich eine Ordnungswidrigkeit darstelle. Die Kontrollen der Bürger wurden von privaten Sicherheitsdiensten vorgenommen. Die eingesetzten Wachleute sollen in erheblicher Anzahl nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, sondern als Asylsuchende teilweise nur über eine Aufenthaltserlaubnis verfügen. Die vorgenannten Maßnahmen sind als schwerer Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger zu werten.

Wir fragen die Staatsregierung:

1.1. Welche Bedrohungslage ist für die Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte verantwortlich? (Bitte schildern Sie detailliert die derzeitige Bedrohungslage für Veranstaltungen in bayerischen Innenstädten)

1.2. Inwiefern hält die Staatsregierung die oben genannten Maßnahmen für ausreichend, um einen islamischen Terroranschlag zu verhindern?

1.3. Inwiefern konnten die Sicherheitsbehörden davon ausgehen, dass nicht schon vorab Waffen, Sprengstoffmaterial oder ähnliches in den Innenstadtbereich verbracht worden waren? (Bitte erläutern Sie die Sicherheitsmaßnahmen, die im Vorfeld durchgeführt wurden)

2.1. Welche Abwägung liegt der Entscheidung zur Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte zugrunde?

2.2. Auf welchen rechtlichen Grundlagen beruhen die einzelnen Maßnahmen? (Bitte detailliert auf die Durchfahrtsperren, die Einlasskontrollen, die Beschränkung der freien Geschäftstätigkeit der Geschäftsinhaber während der regulären Ladenöffnungszeiten sowie den Eingriff in das Eigentumsrecht und die Privatsphäre der Bürger sowie der Anwohner durch Taschenkontrollen und Konfiszierung von Privateigentum eingehen)

2.3. Warum wurden die Taschenkontrollen von privaten Sicherheitsdiensten und nicht von Angehörigen der Polizei durchgeführt? (Bitte nennen und erklären Sie die rechtlichen Grundlagen dieser Übertragung hoheitlicher Aufgaben an Privatleute)

3.1. Welche Staatsbürgerschaften und Aufenthaltstitel hatten die als Sicherheitspersonal eingesetzten Personen? (Bitte nach Herkunftsländern sowie nach Aufenthaltstiteln aufschlüsseln und bei Deutschen mit Migrationshintergrund das Herkunftsland benennen)

3.2. Auf welcher rechtlichen Grundlage beruht die Pflicht für deutsche Staatsbürger (insbesondere der im Sperrgebiet wohnenden Bürger, die zu ihren Wohnungen gelangen wollten), sich von Personen kontrollieren zu lassen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen?

3.3. Inwiefern sieht die Staatsregierung das allgemeine Rechtsempfinden gestärkt, wenn deutsche Bürger sich von Personen kontrollieren lassen müssen, die durch den Rechtsbruch der Bundesregierung in der Lage waren, ohne Grenzkontrollen in das Bundesgebiet einzureisen?

4.1. Inwiefern wurde das Sicherheitspersonal selbst einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen? (Bitte nennen Sie die Maßnahmen, die ergriffen wurden, insbesondere um die Kontakte des Sicherheitspersonals zu extremistischen Organisationen zu überprüfen)

4.2. Hatten alle Personen, die von den privaten Sicherheitsdiensten eingesetzt wurden, die IHK-Sachkundeprüfung nach § 34a GewO abgelegt?

5.1. Welche direkten Kosten entstanden durch die Sicherheitsmaßnahmen? (Bitte nennen Sie die Kosten für Anschaffung, Auf- und Abbau, Lagerung der Sicherheitssperren, für das Sicherheitspersonal, etc.)

5.2. Welche indirekten Kosten entstanden durch die Sicherheitsmaßnahmen? (Bitte nennen Sie die geschätzten Kosten, die für Gewerbetreibende und Privatleute innerhalb der Sperrzone infolge der Sicherheitsmaßnahmen entstanden)

6. Auf welche Weise sieht die Staatsregierung das Umweltbewusstsein der Bürger gestärkt, wenn diese aufgrund der Sicherheitslage bei hohen Temperaturen zum Kauf von Plastikflaschen gezwungen werden?

7.1. In welchen bayerischen Städten werden ähnliche Sicherheitsvorkehrungen im Rahmen von Stadtfesten getroffen? (Bitte einzeln auflisten und jeweils direkte und geschätzte indirekte Kosten angeben)

7.2. Welche Unterstützung erhalten die betroffenen Kommunen für die aufgrund der prekären Sicherheitslage zum Schutz der Bevölkerung entstehenden direkten Kosten? (Bitte nennen Sie die Förderbeträge des Freistaats Bayern zum Schutz derartiger Festveranstaltungen)